

Antrag

**der Abgeordneten Sandro Kappe, Stephan Gamm, Ralf Niedmers,
Dennis Thering, Eckard Graage, Thilo Kleibauer (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Kiezhausmeister einführen – Müllvermeidung und Ansprechpartner in
Problemstadtteilen**

Immer wieder kommt es vor allem in sozial benachteiligten Stadtteilen zu illegalen Sperrmüllablagerungen, die einfach vor der Tür abgelegt und ihrem Schicksal überlassen werden. Beispielsweise muss die Stadtreinigung Hamburg im Stadtteil Steilshoop regelmäßig Sperrmüll von den Straßen sammeln.

In Berlin-Neukölln, wo das Problem ebenfalls bekannt ist, wurden sogenannte Kiezhausmeisterstellen geschaffen, um sich der Müllproblematik anzunehmen. Sie organisieren unter anderem Tausch- und Sperrmüllmärkte, auf denen Anwohnerinnen und Anwohner die Möglichkeit bekommen, mehrmals im Jahr an unterschiedlichen Orten ihren nicht mehr benötigten Hausrat kostenlos abzugeben. Funktionierende Dinge können kostenlos getauscht oder verschenkt werden. Ein Einsatzfahrzeug der Berliner Stadtreinigung (BSR) steht im gesamten Zeitraum für die Entsorgung bereit. Alles, was nicht verschenkt oder getauscht wird, entsorgt die BSR am Ende.

Als Nebeneffekt entsteht ein Begegnungsort im Kiez, auf dem für mehr Nachhaltigkeit geworben werden kann. Denn die Märkte sensibilisieren dahin gehend, dass Müll fachgerecht entsorgt werden muss und nicht einfach auf der Straße abgestellt werden kann. Sollte einmal kein Markt anstehen, kann auch ein E-Lastenbike ausgeliehen werden, um zum Sperrmüllhof zu fahren.

Darüber hinaus organisieren die Hausmeister sogenannte Kiezputze, unterstützen Anwohnerinnen und Anwohner bei Pflanzaktionen, um das Erscheinungsbild ihres Viertels aufzuwerten, und sind ganz allgemein Ansprechpartner für Fragen aller Art.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. zu prüfen, wie auch in Hamburg das Konzept des Kiezhausmeisters nach dem Vorbild von Berlin umgesetzt werden kann und welche Kosten dafür entstehen;
2. in Steilshoop Kiezhausmeisterstellen als Pilotprojekt einzurichten und in diesem Rahmen das entwickelte Konzept zu evaluieren;
3. Aufklärungskampagnen in mehreren Sprachen in Steilshoop durchzuführen, um über die legalen Müllentsorgungswege zu informieren;
4. der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2022 zu berichten.